

Haben wir aus dem Krieg etwas gelernt?

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ – das war die vorherrschende Stimmung in der Bevölkerung nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges. Heute müssen wir uns fragen, ob aus der geschichtlichen Erfahrung in Deutschland die richtigen Konsequenzen gezogen wurden.

Was haben wir aus unserer kriegerischen Vergangenheit gelernt? Wenn man dieser Frage nachgeht, muss man zunächst feststellen, dass Krieg in der Bevölkerung nie populär war. Nur das System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft konnte die Angriffskriege organisieren und durchsetzen, die 1939 begannen und zur vernichtenden Niederlage von 1945 führten.

Zum Zeitpunkt dieser Niederlage waren die Wähler, Parteimitglieder und Helfer der Nazis natürlich noch am Leben. Sie und die Eliten, die Hitler unterstützt und finanziert hatten, waren in der Wirtschaft, im Staat, in den Ministerien, in den nationalen und konservativen Parteien bald wieder in Amt und Würden. Später stellten sie die Weichen zur Remilitarisierung. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht, der Beitritt zur NATO, die Aufstellung der Bundeswehr, ihre Ausrüstung mit Atomwaffen, die Verabschiedung der Notstandsgesetze – all die Maßnahmen die (West-) Deutschland zur Militärmacht und wieder kriegstauglich machen sollten, waren durchaus umstritten.

Immer gab es Widerstand durch die politische Linke, nicht zuletzt auch durch die Internationale der

Kriegsdienstgegner und andere PazifistInnen. Die Aufstellung von strategischen Atomraketen der USA führte in den 80er Jahren zur größten Friedensbewegung in Deutschland. In der folgenden Phase der Entspannung in den internationalen Beziehungen bis ca. 1999 konnten viele BürgerInnen der Meinung sein, gemeinsa-



me Sicherheit, Zusammenarbeit und Abrüstung in Europa würden Militär überflüssig machen. Doch 73 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges führt Deutschland wieder Krieg - in Afghanistan und in Mali. Deutschland leistet Ausbildungshilfe für das irakische Militär und für eine kurdische Bürgerkriegspartei. Deutschland liefert Waffen und rüstet auf. Deutschland unterstützt die imperialen Kriege der USA durch die Überlassung von Stützpunkten.

1999 wurde die Bundeswehr zur Zerschlagung Rest-Jugoslawiens

eingesetzt, in einem Krieg ohne Mandat der Vereinten Nationen. Die Behauptung, dies sei eine humanitäre Intervention zur Verhinderung von Völkermord, wurde bald als Lüge entlarvt. Seither war und ist die Bundeswehr in Dutzenden von Auslandseinsätzen, ohne dass das Grundgesetz entsprechend geändert worden wäre. Die Bundeswehr kann eingesetzt werden, wann immer eine Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Reichstages das für zweckmäßig hält, und wenn der Einsatz irgendwie kollektiv und humanitär begründet ist.

In den verteidigungspolitischen Richtlinien wird seit 1992 in Variationen formuliert, Aufgabe der Bundeswehr sei es, den Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege zu sichern. Niemand hat zwischenzeitlich dargelegt, wie das funktionieren soll.

Zu wenig Kritik am Militär

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr und auch die Beteiligung am sogenannten Krieg gegen den Terrorismus finden in Umfragen meist keine mehrheitliche Unterstützung. Doch im Wahlverhalten drückt sich das nicht aus und die Friedensbewegung kann die pazifistische Grundströmung nicht verstärken.

Es gibt in der Gesellschaft zu wenig Militärkritik, zu wenig Friedensbewegung, zu viel Glaube an den gerechten Krieg, zu viel Glaube an einen starken Staat, der ein Militär braucht, um seine Interessen durchzusetzen. Es gibt zu wenig Bewusstsein über Kriegsursachen, keine rationale Diskussion über deutsche Interessen und die angemessenen Mittel, diese zu verfolgen.

*Thomas Rödl,
Sprecher der DFG-VK Bayern*

Die EU als Garant des Friedens?

Wenn die EU kritisch in den Blick genommen wird, dann meistens wegen ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Unbeachtet bleibt dabei oft, dass es Bestrebungen gibt, die Gemeinschaft zu einer eigenständigen Militärunion zu machen. Auf dem attac-Europa-Kongress vom 5.- 7. Oktober an der Universität Kassel wurde dies ausführlich thematisiert. Martin Brunner, Sprecher der DFG-VK Würzburg, war beim Kongress dabei und organisierte einen der Workshops.

„Die EU garantiert seit 70 Jahren Frieden“ schreibt EU-Kommissions-Präsident Juncker zur Lage der Union in einem Artikel vom 14.9.2016. Den Artikel nutzte ich als Einstieg für den Workshop „Militarisierung der EU“, den ich zusammen mit Walter Listl beim Attac-Europakongress gehalten habe. In Junckers Text heißt es: „Das gemeinsame Haus Europa sichert den Frieden.“ Das ist, was die Mitglieder der EU anbelangt, durchaus richtig. Zwischen den Mitgliedsländern kam es zu keinen militärischen Auseinandersetzungen, so herrscht z.B. zwischen Deutschland und Frankreich eine enge Partnerschaft und einen Krieg zwischen diesen Ländern kann man sich nicht vorstellen.

Deutschland als Gefahr

Kurz nach dem 2. Weltkrieg war das noch anders: Am 4. März 1947 wurde der Dünkirchener Vertrag zwischen Großbritannien und Frankreich unterzeichnet. Dieser Vertrag sichert den beiden Ländern gegenseitigen militärischen Beistand zu, falls es Anzeichen dafür geben sollte, dass Deutschland wieder eine Gefahr für den Frieden wird. Aus der damaligen Sicht war es nur verständlich, dass man ein erneutes Erstarben Deutschlands wie nach dem 1. Weltkrieg befürchtete.

1948 wurde der Dünkirchener Vertrag erweitert, die Benelux-Länder kamen mit in den Vertrag und er wurde umbenannt in Brüsseler Pakt. Die Hauptgefahr sah man immer noch in Deutschland. Das änderte sich in den nächsten Jahren zunehmend. In der letzten Fassung von 1954 wurde Deutschland als Gefahr nicht mehr erwähnt, im Gegenteil: Deutschland hatte zusammen mit Italien

eine Art Beobachterstatus, da schon eine Aufnahme dieser beiden Länder im Gespräch war. Das war ein Jahr später auch der Fall und aus den Brüsseler Pakt ging das Militärbündnis WEU (Westeuropäische Union) hervor.

Feinde werden Freunde

Anhand dieses Beispiels sieht man gut, dass ehemals verfeindete Länder sich vertragen und zu einer gemeinsamen Politik finden können. Man sollte heutzutage öfter daran erinnern: Es ist möglich, mit Gesprächen und Zusammenarbeit aus Feinden Freunde zu machen. Man mag einwenden, wie eine Teilnehmerin des Workshops es auch tat, dass man die Situation im damaligen globalen Kontext sehen muss. Immerhin ging es aus der Sicht des Westens darum,

gemeinsam die Sowjetunion in Schach zu halten.

Das stimmt meiner Ansicht nach auch, jedoch handelte es sich um eine strategische Überlegung der Herrschenden. Das ändert nichts daran, dass Feindbilder in der Bevölkerung abgebaut werden müssen und Freundschaft aufgebaut werden muss. Als Friedensbewegung sollte man meiner Ansicht nach nicht versuchen, die Ansicht der Herrschenden zu verändern.

Druck auf Herrschende

Sondern es geht darum, die Bevölkerung von einer gemeinsamen friedlichen Politik zu überzeugen, damit so Druck auf die Herrschenden aufgebaut wird.

Im zweiten Teil des Workshops habe ich aufgezeigt, wie die EU mit Ländern umgeht, die nicht



Aufblasbare Attraktion: Das vom Landesverband Bayern der DFG-VK beschaffte zerbrochene Gewehr kommt bei einer Aktion in Augsburg gut an. Zur Arbeit des Landesverbandes: www.dfg-vk-bayern.de



Friedenserklärungen am laufenden Band: Aktion in Berlin im Juni mit 2000 von uns gesammelten Erklärungen von Bürger/innen, in denen es heißt: „Wir weigern uns, Feinde zu sein und andere Menschen zu töten. Wenn unsere Regierung Krieg führt, dann nicht in unserem Namen!“ Mehr dazu: www.friedenserklaerung.org

der Union angehören. Als Beispiel habe ich den Kosovokrieg von 1999 herangezogen. Dies mag etwas seltsam erscheinen, da dieser Krieg von der NATO geführt wurde. Jedoch hätte jedes EU-Land und NATO-Mitglied sagen können: „Wir machen da nicht mit, wir greifen kein anderes europäisches Land an.“ Keines der beteiligten Länder hat sich jedoch so entschieden, im Gegenteil: Deutschlands rot-grüne Regierung nutzte die Gelegenheit, um eine Militarisierung im Land voranzutreiben. Dabei vertrat das eigene Militär die Meinung, dass es keinen Völkermord im Kosovo gab, wie die Regierung damals behauptet hat.

EU als neue Supermacht?

Die NATO kam damals zu der Einschätzung: Wäre auch nur ein Land gekippt und hätte beim Kosovokrieg nicht mitgemacht, wäre der Krieg nicht möglich gewesen. Dieser Krieg bildet nach meiner Ansicht auch die Grundlage für die aktuelle aggressive Militärpolitik, die die EU betreiben möchte. Sich selbst sieht die EU als neue Supermacht, die die Welt in den Fugen halten möchte. Von daher ist es wichtig, die Geschichte der EU zu verstehen, um als Friedensbewegung auf die aktuellen Entwicklungen reagieren zu können.

Eine Besonderheit des Kosovo-Krieges: Jugoslawien, zu dem Kosovo damals gehörte, war eins der Gründungsländer der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE. Die Organisation soll für einen Abbau der Spannungen zwischen West und Ost sorgen. Unter anderem dadurch, dass jede Seite, die ein Manöver abhält, Vertreter der anderen Seite zur Beobachtung einlädt.

Militarisierung garantiert

Dass man diese Struktur zur Vertrauensbildung nicht genutzt hat, um im Kosovo Konflikt deeskalierend tätig zu werden, zeigt einmal mehr, welche Machtansprüche die NATO und auch die europäischen Länder in der NATO haben. Es bleibt daher das Fazit: Die EU garantiert nicht den Frieden, sondern Militarisierung. Schließlich soll sie zur eigenständigen Militärmacht aufgebaut werden, um die USA als Weltmacht abzulösen und die Schwellen-Länder nicht hochkommen zu lassen. Dieses Bestreben führt zu einer Situation, deren Gefährlichkeit nicht überschätzt werden kann: immerhin sind am Ringen um die Vorherrschaft nahezu alle Atommächte und die Länder mit den größten und am besten ausgerüsteten Armeen der Welt beteiligt.

Waffenstillstand statt neuer Bomben!

Am 13. September hat sich der DFG-VK-Landesverband Bayern in einer Presseerklärung gegen weitere Bombardierungen in Syrien gewandt. Anlass war die Drohung von westlichen Staaten, im Fall eines neuen Giftgasangriffs syrischer Regierungstruppen mit Militärschlägen zu antworten.

In der Erklärung heißt es, die Bundesregierung solle alle Konfliktparteien auffordern, einen Waffenstillstand zu verkünden um dann in Verhandlungen einzutreten: „Jetzt ist die Gelegenheit für Verhandlungen und politische Lösungen: Der bewaffnete Aufstand zur Beseitigung des Assad-Regimes ist gescheitert“. Weiter wird verlangt, Russland und Syrien sollten die Bombardierungen einstellen, die Rebellengruppen auf weitere Angriffe verzichten.

„Die Zivilbevölkerung und die vielen Geflüchteten brauchen keine weiteren Bombardierungen; die bewaffneten Aufständischen brauchen eine Chance, vom Regime zivil und menschlich behandelt zu werden, wenn sie ihre Waffen abgeben.“

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine Lösung des Syrien-Konflikts durch Waffenstillstand und Verhandlungen einzusetzen, „statt Vergeltungsschläge für hypothetische Giftgaseinsätze anzudrohen. Weitere Bombardierungen werden nur Zerstörungen anrichten ohne zur Lösung des Konfliktes beizutragen.“





Münchner Friedenswochen

Sonntag 11. 11. 11:00 Uhr
Never Again - Mohnblumen auf dem Königsplatz

Am 11. November ist es 100 Jahre her, dass der erste Weltkrieg zu Ende gegangen ist. Bei der Aktion des Künstlers Walter Kuhn wird der Königsplatz in ein Meer von Mohnblumen aus roter Kunstseide verwandelt. erinnert werden soll damit an die Toten des Ersten Weltkriegs. **Wir präsentieren dort unsere Friedenserklärungen und brauchen dafür noch helfende Hände!**

Montag 12. 11. 19:30 Uhr,
EineWeltHaus,
Schwanthalerstr. 80
Militarisierung, Flüchtlingsabwehr und Rekolonialisierung - Deutschland und die EU in Nordafrika und der Sahel-Region

Mit Christoph Marischka, Informationsstelle Militarisierung, Tübingen

In den vergangenen Jahren ist unter französischer Führung in Nord- und Westafrika ein Netz von Stützpunkten, Drohnenbasen und Militärmissionen aufgebaut worden. Dort werden Streitkräfte, Geheimdienste, Polizei- und Grenz-

schutzbehörden mit westlicher Hilfe ausgebaut und mit moderner Überwachungstechnologie ausgerüstet. Viele dieser Maßnahmen erfolgen mit dem Ziel, Flüchtlinge und Migrant/innen bereits auf dem afrikanischen Kontinent aufzuhalten und ggf. zu internieren.

Freitag 23.11. 20:00 Uhr
Seidlvilla, Nicolaiplatz 1b
„Der Tod ist ein Meister aus München“

Vortrag und Diskussion mit Jürgen Grässlin, Autor kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte, Sprecher der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«, Bundessprecher der DFG-VK

Kampfflugzeuge, Drohnen, Panzer oder Raketenwerfer: Diktatoren und autoritäre Machthaber können in der Region München alles kaufen, um Krieg zu führen oder die eigene Bevölkerung niederzuhalten.

Jürgen Grässlin stellt die wichtigsten Rüstungsunternehmen vor und spricht über die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung und ihre tödlichen Folgen.

Sonntag 25. 11. 11:00 Uhr,
EineWeltHaus, Schwanthalerstr.
Flucht durch Waffenhandel
Matinee- Veranstaltung mit Jürgen Grässlin, u.a. zu Kleinwaffen, durch die jährlich doppelt so viele Menschen sterben wie durch alle anderen Waffenarten zusammen.

Das gesamte Programm der Münchner Friedenswochen ist zu finden unter: www.muenchnerfriedensbuendnis.de

Friedenswochen in Augsburg

Freitag, 9.11. 20:00 Uhr,
Hollbau, Im Annahof 4

Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten – Fluchtgrund Waffenhandel Mit Jürgen Grässlin.

Welche deutschen Waffen gelangen auf welchem Weg in Krisen- und Kriegsgebiete? Inwiefern trägt ihr Einsatz zu Menschenrechtsverletzungen in den Empfängerländern bei und fördert somit die Flucht von Millionen Menschen? Welche Firmen aus Bayern verdienen am Geschäft mit dem Tod?

Dienstag, 27.11., 19:30 Uhr,
Zeughaus, Hollsaal a, Zeugplatz 4
Atomabkommen mit Iran – Chancen und Möglichkeiten
Vortrag und Diskussion mit Regina Hagen, verantwortliche Redakteurin der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“

Kann das Iran-Abkommen Vorbild sein für andere Verträge zur Nichtverbreitung von Atomwaffen?

Weitere Termine

Mittwoch, 21.11. 19:00 Uhr
Büro Schwanthalerstr. 133

Mitgliederversammlung der DFG-VK-Gruppe München

Tagesordnung: Berichte, Kassenbericht, Kommende Aktivitäten, Wahlen zum Sprecherkreis (Anmeldung erbeten)

PAX AN

Herausgegeben von der
Deutschen Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen,
Landesverband Bayern,
V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK
Schwanthalerstr. 133, 80339 München.
Tel: 089 - 89 62 34 46, Di.- Do. 11- 17 Uhr
e-mail: bayern@dfg-vk.de

Internet: www.dfg-vk-bayern.de
www.abruesten.de

Wir bitten um Spenden
(steuerlich abzugsfähig)
für das Helmut-Michael-Vogel-
Bildungswerk der DFG-VK Bayern:
**Für Frieden, Gewaltverzicht
und Völkerverständigung!**
Publikationen, Veranstaltungen
und Konzepte fürs Internet.
www.h-m-v-bildungswerk.de
Bankverbindung:
IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00

